

Geschäftszahlen:

BKA: 2023-0.004.651

BMKOES: 2023-0.372.673

BMEIA: 2023-0.058.553

**61/9**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Humanitäre Krise in der Ukraine; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)**

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat landesweit eine akute humanitäre Krise ausgelöst. Durch die systematische und unablässige Zerstörung der lebensnotwendigen Infrastruktur durch russische Angriffe hat sich die Lage weiterhin drastisch verschärft, dazu gehören auch eine lebensgefährliche Verseuchung weiter Teile des Landes durch Landminen und explosive Kriegsrückstände.

Die landesweite Kontaminierung durch die weltweit geächteten Landminen und explosiven Kriegsrückstände seit Beginn des russischen Angriffskriegs stellt ein lebensgefährliches Hindernis für den Zugang der Zivilbevölkerung zu essenzieller Infrastruktur dar. Landminen und explosive Kriegsrückstände sind eine massive Behinderung des täglichen Lebens und fordern hohe zivile Opferzahlen, erschweren die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und machen eine Rückkehr in verseuchte Gebiete für die betroffene Zivilbevölkerung unmöglich. Laut Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) benötigen 10,6 Millionen von Landminen und explosiven Kriegsrückständen in der Ukraine betroffene Menschen Entminungshilfe. Laut Angaben der Ukraine sind bereits mehr als 250.000 km<sup>2</sup> des ukrainischen Staatsgebietes durch Landminen kontaminiert – das entspricht etwa drei Mal der Größe Österreichs.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der ständig steigenden Opferzahlen unter der ukrainischen Zivilbevölkerung durch Landminen und explosive Kriegsrückstände die Anstrengungen von humanitären Organisationen zur Entminung und Räumung explosiver Kriegsrückstände in der Ukraine.

Der als Hilfsorganisation für Minenräumung gegründete, international renommierte und weltweit in mine action tätige International Trust Fund (ITF) soll in Abstimmung mit dem

State Emergency Service of Ukraine (ukrainische Zivilschutzbehörde) Minensuchgeräte für humanitäre Minenräumung in der Ukraine zur Verfügung stellen.

Dafür ist ein österreichischer Beitrag von EUR 2 Millionen für ITF aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle beschließen, für die Entminung in der Ukraine

EUR 2 Mio. dem International Trust Fund (ITF)

zur Verfügung zu stellen.

31. Mai 2023

Karl Nehammer  
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler  
Vizekanzler

Mag. Alexander  
Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister